

MICHAEL LAMSA

Die Firma der Auslandsgesellschaft

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

257

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

257

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Michael Lamsa

Die Firma der Auslandsgesellschaft

Bildung, Führung und Schutz der Firma von
Auslandsgesellschaften in Deutschland unter besonderer
Berücksichtigung des Europäischen Gemeinschaftsrechts

Mohr Siebeck

Michael Lamsa, geboren 1976; Studium der Rechtswissenschaft mit wirtschaftswissenschaftlicher Zusatzausbildung für Juristen mit den Schwerpunkten Finanzen und Steuern in Bayreuth; 2009 Promotion; derzeit Rechtsanwalt in Frankfurt.

e-ISBN PDF 978-3-16-151442-5

ISBN 978-3-16-150648-2

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nägele in Nehren gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2009/2010 von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als Dissertation angenommen. Für die Druckfassung konnten Rechtsprechung und Schrifttum bis März 2010 nachgetragen sowie das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon durch Verweise auf die neue Nummerierung der entsprechenden Vorschriften des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union berücksichtigt werden.

Mein Dank gilt vor allem meinen Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Wulf-Henning Roth, der diese Arbeit angeregt und während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl in vielfältiger Weise betreut und gefördert hat. Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Matthias Leistner für die überaus zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe gebührt mein Dank dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, insbesondere Herrn Prof. Dr. Jürgen Basedow sowie Herrn Prof. Dr. Holger Fleischer.

Zu tiefem Dank bin ich meinen Eltern verpflichtet, die mich jederzeit uneingeschränkt unterstützt und während Studium, Referendariat und Promotion nach besten Kräften gefördert haben. Ihnen verdanke ich mehr als allen anderen. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im August 2010

Michael Lamsa

Inhaltsübersicht

§ 1	Einleitung	1
	A. Regelungsgegenstand des internationalen Gesellschaftsrechts und des internationalen Firmenrechts	2
	B. Entwicklung des internationalen Firmenrechts und Problemaufriss	4
	C. Gang der Untersuchung	8
§ 2	Die Firma im Regelungsgefüge des deutschen Rechts	12
	A. Funktion der Firma	12
	B. Rechtsnatur der Firma	14
	C. Grundsätze des deutschen Firmenrechts	15
	D. Zwischenergebnis	23
§ 3	Die Bestimmung des Anknüpfungspunktes im internationalen Gesellschaftsrecht	24
	A. Methodische Vorüberlegungen	25
	B. Sitztheorie	29
	C. Gründungstheorie	34
	D. Zwischen Sitztheorie und Gründungstheorie vermittelnde Theorien	35
	E. Neubestimmung der Kollisionsnormen des internationalen Gesellschaftsrechts	38
§ 4	Das Firmenrecht im Regelungsgefüge des primären Gemeinschaftsrechts unter Berücksichtigung der Vorgaben der Niederlassungsfreiheit	40
	A. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen	40
	B. Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit.....	44
	C. Beeinträchtigung des Schutzbereiches der Niederlassungs- freiheit.....	75
	D. Rechtfertigungsgründe.....	101
	E. Resümee	133

§ 5	Das Firmenrecht im Regelungsgefüge des sekundären Gemeinschaftsrechts	134
	A. Auslegung von Sekundärrecht.....	134
	B. Einzelne Sekundärrechtsakte mit firmen- bzw. kennzeichenrechtlichen Regelungen.....	138
	C. Resümee	199
§ 6	Internationalprivatrechtliche Ansätze der Berufung des anwendbaren Rechts.....	201
	A. Gemeinschaftsrechtliche Implikationen für das nationale Kollisionsrecht.....	202
	B. Internationalprivatrechtliche Ansätze zur Berufung inländischen Rechts auf Auslandssachverhalte.....	216
§ 7	Bestandsaufnahme der Anknüpfungsmodelle im internationalen Firmenrecht.....	224
	A. Grenzüberschreitende Mobilität von Auslands- gesellschaften	224
	B. Ansätze zur Anknüpfung des Firmenrechts vor der Entscheidungskette des EuGH in den Rechtssachen Centros, Überseering und Inspire Art.....	226
	C. Ansätze zur Anknüpfung des Firmenrechts nach der Entscheidungskette des EuGH in den Rechtssachen Centros, Überseering und Inspire Art.....	232
§ 8	Eigener Vorschlag eines Anknüpfungsmodells für das internationale Firmenrecht.....	252
	A. Gleichbehandlung von Zweigniederlassung, Scheinauslandsgesellschaft und Tochtergesellschaft	252
	B. Durch das Firmenrecht betroffene sach- und kollisionsrechtliche Interessen	253
	C. Schlussfolgerung für das zu bildende Anknüpfungsmodell	255
§ 9	Vereinbarkeit deutschen Firmenrechts mit der Niederlassungsfreiheit gemäß Art. 43, 48 EG (Art. 49, 54 AEUV).....	259
	A. Beachtung der durch die Anwendung deutschen Firmenrechts erzwungenen Umfirmierung unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Firmeneinheit.....	260

B. Firmenbildung und Firmenführung gemäß §§ 18 ff. HGB der Firma der inländischen Tochtergesellschaft und der inländischen Zweigniederlassung.....	267
C. Besonderheit der Firmierung von Zweigniederlassungen	358
D. Besonderheiten der Firmierung inländischer Tochtergesellschaften	386
E. Exkurs: Rechtsscheinhaftung durch Firmenführung	397
F. Resümee	404
§ 10 Schutz der Firma	405
A. Bestandsaufnahme der Grundsätze des Schutzes der Firma von Auslandsgesellschaften	407
B. Notwendigkeit einer Neubewertung?	414
C. Resümee	462
§ 11 Wettbewerbsrechtliche Beurteilung der Firmenführung.....	464
A. Bestimmung des auf Wettbewerbsverstöße anwendbaren Rechts	465
B. Anwendung des nationalen Wettbewerbsrechts	477
C. Resümee	499
§ 12 Ausblick: Referentenentwurf zum internationalen Gesellschaftsrecht	500
A. Grundzüge des Referentenentwurfes	501
B. Regelung des Firmenrechts in Art. 10 Abs. 2 Nr. 3 EGBGB-RefE	502
§ 13 Zusammenfassung in Thesen.....	505
Literaturverzeichnis	512
Sachregister	549

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht.....	IX
Verzeichnis der Abkürzungen.....	XXXI
§ 1 Einleitung.....	1
<i>A. Regelungsgegenstand des internationalen Gesellschaftsrechts und des internationalen Firmenrechts</i>	2
<i>B. Entwicklung des internationalen Firmenrechts und Problemaufriss</i>	4
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	8
§ 2 Die Firma im Regelungsgefüge des deutschen Rechts	12
<i>A. Funktion der Firma</i>	12
<i>B. Rechtsnatur der Firma</i>	14
<i>C. Grundsätze des deutschen Firmenrechts</i>	15
I. Firmenrecht vor der Handelsrechtsreform 1998	16
II. Firmenrecht nach der Handelsrechtsreform 1998	17
III. Abgrenzung der Firma von anderen Kennzeichen	19
1. Unternehmenskennzeichen gemäß § 5 Abs. 2 MarkenG.....	19
2. Minderfirma.....	20
3. Handelsname	21
4. Marke gemäß § 3 MarkenG.....	21
5. Firma als Kennzeichen des Markengesetzes	22
IV. Verwendung der Firma als Wettbewerbshandlung bzw. geschäftliche Handlung.....	22

<i>D. Zwischenergebnis</i>	23
§ 3 Die Bestimmung des Anknüpfungspunktes im internationalen Gesellschaftsrecht.....	24
<i>A. Methodische Vorüberlegungen</i>	25
I. Anerkennung von Auslandsgesellschaften	25
II. Rechtsquellen des internationalen Gesellschaftsrechts und des internationalen Firmenrechts	26
<i>B. Sitztheorie</i>	29
I. Strenge Sitztheorie.....	29
1. Zuzugsfälle	30
2. Wegzugsfälle	32
II. Modifizierte Sitztheorie	33
<i>C. Gründungstheorie</i>	34
D. Zwischen Sitztheorie und Gründungstheorie vermittelnde Theorien	35
I. Überlagerungstheorie.....	36
II. Eingeschränkte bzw. modifizierte Gründungstheorie.....	36
III. Differenzierungslehre	37
IV. Kombinationslehre.....	37
V. Rezeption der vermittelnden Ansichten.....	37
<i>E. Neubestimmung der Kollisionsnormen des internationalen Gesellschaftsrechts</i>	38
§ 4 Das Firmenrecht im Regelungsgefüge des primären Gemeinschaftsrechts unter Berücksichtigung der Vorgaben der Niederlassungsfreiheit.....	40
<i>A. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen</i>	40
I. Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht ..	41
II. Stellung der Grundfreiheiten im EG-Vertrag.....	42

III. Verhältnis der Niederlassungsfreiheit zu anderen Regelungen des Primärrechts, insbesondere zu den anderen Grundfreiheiten	42
<i>B. Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit</i>	44
I. Anwendungsausschluss bei Totalharmonisierung.....	44
II. Persönlicher Schutzbereich gemäß Art. 48 EG (Art. 54 AEUV).....	46
1. Tatbestandsvoraussetzungen von Art. 48 EG (Art. 54 AEUV).....	47
a. Qualifikation einer Vereinigung als Gesellschaft ..	47
b. Gründung nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates.....	48
aa. Anknüpfungspunkt.....	49
bb. Art und Umfang der Verweisung	50
c. Gemeinschaftszugehörigkeit	51
2. Rechtsfolge.....	52
III. Sachlicher Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit	53
1. Niederlassung gemäß Art. 43 Abs. 1 EG (Art. 49 Abs. 1 AEUV).....	53
2. Gemeinschaftsbezug durch grenzüberschreitenden Sachverhalt.....	56
3. Verbot des Rechtsmissbrauches als immanente Schranke.....	58
a. Rechtsmissbrauch im nationalen Recht	61
aa. Rechtsmissbrauch auf der Ebene des Sachrechts	61
(1) Unzulässige Rechtsausübung	61
(2) Umgehungsgeschäft.....	62
bb. Rechtsmissbrauch auf der Ebene des Internationalen Privatrechts	63
b. Rechtsmissbrauch im Europarecht	66
aa. Tatbestandsebene.....	69
bb. Rechtfertigungsebene.....	71
cc. Zwischenergebnis	74
<i>C. Beeinträchtigung des Schutzbereiches der Niederlassungsfreiheit</i>	75
I. Diskriminierung.....	76
II. Beschränkung	80

1.	Maßnahme, welche die Ausübung der Grundfreiheit verbietet, behindert oder weniger attraktiv macht.....	80
2.	Bereichsausnahme für sogenannte Niederlassungsmodalitäten?.....	82
III.	Verhältnis von Diskriminierungsverbot und Beschränkungsverbot zueinander.....	87
IV.	Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Pfeiffer zum Umfang des Beschränkungsverbotes im Firmenrecht	89
1.	Zu Grunde liegender Sachverhalt.....	89
2.	Entscheidung des EuGH	90
3.	Übertragung der tragenden Entscheidungsgründe vom österreichischen Recht auf das deutsche Recht	91
4.	Übertragung der in Bezug auf Geschäftsbeziehungen tragenden Entscheidungsgründe auf das Firmenrecht	92
5.	Voraussetzung der im Wegzugstaat rechtmäßig geführten Firma	93
6.	Übertragung der in Bezug auf Tochtergesellschaften tragenden Entscheidungsgründe auf Zweigniederlassungen.....	95
7.	Folgerungen für die Umfirmierung	97
8.	Folgerungen für den maßgeblichen Beurteilungszeitpunkt	99
9.	Anerkennung des Schutzes des gewerblichen Eigentums als zwingendes Allgemeininteresse.....	100
10.	Zwischenergebnis	100
	<i>D. Rechtfertigungsgründe</i>	101
I.	Anwendbarkeit der Rechtfertigungsgründe	101
II.	Geschriebene Rechtfertigungsgründe	103
1.	Art. 46 EG (Art. 52 AEUV)	103
2.	Art. 30 EG (Art. 36 AEUV)	104
a.	Anwendungsbereich.....	104
b.	Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gemäß Art. 30 S. 1 Var. 4 EG (Art. 36 S. 1 Var. 4 AEUV)	104
III.	Der ungeschriebene Rechtfertigungsgrund nach dem Vier-Konditionen-Test.....	109
1.	Nicht diskriminierende Anwendung der nationalen Maßnahme	111
2.	Von der nationalen Maßnahme verfolgte zwingende Allgemeininteressen.....	111

a.	Tatbestandsmerkmal „zwingend“	112
b.	Tatbestandsmerkmal „Allgemeininteresse“	113
c.	Für den Untersuchungsgegenstand zu berücksichtigende, anerkannte Allgemeininteressen	114
aa.	Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums.....	114
bb.	Schutz der Verbraucher.....	114
cc.	Lauterkeit des Handelsverkehrs	115
d.	Nicht als Allgemeininteressen anerkannte Erfordernisse	115
e.	Gewinnung neuer Allgemeininteressen	116
3.	Geeignetheit der nationalen Maßnahme	119
4.	Erforderlichkeit der nationalen Maßnahme	120
a.	Allgemeine Erwägungen	120
b.	Europäisches Verbraucherleitbild	121
c.	Informationsmodell.....	124
d.	Schutz durch Anwendung des Rechts des Gründungsstaates.....	126
aa.	Berücksichtigung des Rechts des Gründungsstaates.....	126
bb.	Höhe des Schutzniveaus.....	128
e.	Berücksichtigung von Sekundärrecht bei der Erforderlichkeitsprüfung.....	130
<i>E.</i>	<i>Resümee</i>	133
§ 5	Das Firmenrecht im Regelungsgefüge des sekundären Gemeinschaftsrechts	134
<i>A.</i>	<i>Auslegung von Sekundärrecht</i>	134
<i>B.</i>	<i>Einzelne Sekundärrechtsakte mit firmen- bzw. kennzeichenrechtlichen Regelungen</i>	138
I.	Liberalisierungsrichtlinien zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit	138
II.	Gesellschaftsrechtsrichtlinien	140
1.	Kapitalrichtlinie	141
2.	Publizitätsrichtlinie.....	143
3.	Zweigniederlassungsrichtlinie.....	143
a.	Persönlicher Anwendungsbereich	145

b.	Sachlicher Anwendungsbereich und Regelungsinhalt	149
c.	Rechtsformzusatz als Bestandteil der Firma	150
aa.	Regelungskonzept im deutschen Firmenrecht	150
bb.	Regelungskonzept der gesellschaftsrechtlichen Richtlinien	152
d.	Möglichkeit zur Umgehung bei einer Totalharmonisierung	154
e.	Hinweis auf das Gesellschaftsstatut als Bestandteil der Firma	156
f.	Zwischenergebnis	158
4.	Vorentwurf einer Sitzverlegungsrichtlinie	159
III.	Supranationale Gesellschaftsformen	161
1.	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	162
a.	Rechtsformzusatz	164
b.	Geschäftsbriefpublizität	167
c.	Grenzüberschreitende Sitzverlegung	167
2.	Societas Europaea (SE)	169
a.	Rechtsformzusatz	171
b.	Geschäftsbriefpublizität	173
c.	Grenzüberschreitende Sitzverlegung	174
3.	Societas Cooperativa Europaea (SCE)	176
a.	Firmenzusätze	177
b.	Geschäftsbriefpublizität	179
c.	Grenzüberschreitende Sitzverlegung	180
4.	Societas Privata Europaea (SPE)	181
a.	Rechtsformzusatz	183
b.	Geschäftsbriefpublizität	184
c.	Grenzüberschreitende Sitzverlegung	184
5.	Schlussfolgerungen	186
IV.	Sektorspezifischer Bezeichnungsschutz	186
1.	Bankenrichtlinie	187
2.	OGAW-Richtlinie	191
V.	Harmonisiertes Markenrecht als paradigmatische Regelung für Kennzeichen	192
1.	Firma und eingetragene Marke als Kennzeichenarten	192
2.	Rechtsquellen des sekundärrechtlichen Markenrechts	194

3. Von Eintragungshindernissen verfolgte Allgemeininteressen.....	194
VI. Zwischenergebnis	199
C. Resümee.....	199
§ 6 Internationalprivatrechtliche Ansätze der Berufung des anwendbaren Rechts.....	201
A. Gemeinschaftsrechtliche Implikationen für das nationale Kollisionsrecht.....	202
I. Einfluss des allgemeinen Diskriminierungsverbotes gemäß Art. 12 EG (Art. 18 AEUV) auf das Kollisionsrecht für natürliche Personen.....	205
II. Einfluss des Allgemeinen Diskriminierungsverbotes gemäß Art. 12 EG (Art. 18 AEUV) auf das Kollisionsrecht für juristische Personen	207
III. Einfluss der Grundfreiheiten auf das nationale Kollisionsrecht.....	208
1. Neutralität der Grundfreiheiten gegenüber dem nationalen Internationalen Privatrecht.....	209
2. Grundfreiheiten als versteckte Kollisionsnormen	209
3. Relevanz der Grundfreiheiten für das Internationale Privatrecht	211
a. Verteilung von Informationslasten und Informationskosten	211
b. Internationaler Anwendungsbereich einer Sachnorm.....	212
c. Anknüpfungspunkt.....	213
d. Anknüpfungstechnik	213
aa. Kombination von Anknüpfungspunkten	213
bb. Statutenwechsel	214
B. Internationalprivatrechtliche Ansätze zur Berufung inländischen Rechts auf Auslandssachverhalte.....	216
I. Allseitige Kollisionsnormen.....	216
II. Sonderanknüpfung durch Eingriffsnormen.....	217
III. Ordre public-Vorbehalt gemäß Art. 6 EGBGB.....	221

§ 7 Bestandsaufnahme der Anknüpfungsmodelle im internationalen Firmenrecht.....	224
A. <i>Grenzüberschreitende Mobilität von Auslandsgesellschaften</i> ...	224
1. Grenzüberschreitender Waren- und Dienstleistungsverkehr.....	225
2. Geschäftstätigkeit mittels einer echten Zweigniederlassung	225
3. Geschäftstätigkeit mittels einer Tochtergesellschaft ...	226
4. Geschäftstätigkeit mittels einer unechten Zweigniederlassung	226
B. <i>Ansätze zur Anknüpfung des Firmenrechts vor der Entscheidungskette des EuGH in den Rechtssachen Centros, Überseering und Inspire Art</i>	226
I. Bestimmung des Firmenstatuts gemäß Art. 10 Abs. 1 EGBGB	227
II. Firmenstatut als Teil des Gesellschaftsstatutes	228
1. Grundsätzliche Anknüpfung.....	228
2. Modifizierte Anknüpfung bei Zweigniederlassungen .	229
3. Bestimmung des Firmenstatuts in Bezug auf Scheinauslandsgesellschaften.....	230
4. Bestimmung des Firmenstatuts in Bezug auf Tochtergesellschaften	230
5. Resümee	230
III. Firmenstatut als Teilfrage mit gebietsbezogener Anknüpfung.....	230
IV. Firmenstatut als Teilfrage mit Anknüpfung nach dem Schutzlandprinzip	231
C. <i>Ansätze zur Anknüpfung des Firmenrechts nach der Entscheidungskette des EuGH in den Rechtssachen Centros, Überseering und Inspire Art</i>	232
I. Gebietsbezogene Anknüpfung des Firmenbildungsrechts als Teilfrage.....	233
1. Anknüpfungsmodell.....	233
2. Stellungnahme	234
II. Firmenstatut als Teil des Gesellschaftsstatuts.....	235
1. Grundsätzlich keine zusätzliche Anwendung inländischen Firmenrechts	236
a. Anknüpfungsmodell.....	236

b.	Stellungnahme	237
2.	Zusätzliche Anwendung inländischen Firmenrechts durch partielle Anknüpfung an den Gebrauchsort.....	239
a.	Anknüpfungsmodell.....	239
aa.	Grundsatz	239
bb.	Modifizierung für Zweigniederlassungen.....	240
b.	Stellungnahme	243
3.	Zusätzliche Anwendung inländischen Firmenrechts durch Eingriffsnormen	246
a.	Anknüpfungsmodell.....	246
b.	Stellungnahme	248
4.	Zusätzliche Anwendung inländischen Firmenrechts durch überlagernde Anknüpfung	250
III.	Drittstaaten	250
§ 8	Eigener Vorschlag eines Anknüpfungsmodells für das internationale Firmenrecht	252
A.	<i>Gleichbehandlung von Zweigniederlassung, Scheinauslandsgesellschaft und Tochtergesellschaft</i>	252
B.	<i>Durch das Firmenrecht betroffene sach- und kollisionsrechtliche Interessen</i>	253
C.	<i>Schlussfolgerung für das zu bildende Anknüpfungsmodell</i>	255
§ 9	Vereinbarkeit deutschen Firmenrechts mit der Niederlassungsfreiheit gemäß Art. 43, 48 EG (Art. 49, 54 AEUV).....	259
A.	<i>Beachtung der durch die Anwendung deutschen Firmenrechts erzwungenen Umfirmierung unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Firmeneinheit</i>	260
I.	Grundsatz der Firmeneinheit in Bezug auf inländische Tochtergesellschaften ausländischer Muttergesellschaften	260
1.	Vorgaben des deutschen Firmenrechts	260
2.	Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	261
3.	Folgerungen für die Umfirmierung	262

II.	Modifizierter Grundsatz der Firmeneinheit in Bezug auf inländische Zweigniederlassungen von Auslandsgesellschaften oder Zulässigkeit transnationaler Firmenmehrheit?.....	262
1.	Vorgaben des deutschen Firmenrechts	262
2.	Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	263
3.	Folgerungen für die Umfirmierung	265
B.	<i>Firmenbildung und Firmenführung gemäß §§ 18 ff. HGB der Firma der inländischen Tochtergesellschaft und der inländischen Zweigniederlassung</i>	<i>267</i>
I.	Kennzeichnungseignung gemäß § 18 Abs. 1 Var. 1 HGB..	268
1.	Umschrift von Firmen aus anderen Schriftsystemen...	268
a.	Methoden der Umschrift	270
aa.	Transkription	270
bb.	Transliteration	271
cc.	Rechtstatsachen in Bezug auf die Methode der Umschrift.....	272
b.	Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	272
aa.	Vorgaben aus der Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Konstantinidis.....	273
bb.	Übertragung der Vorgaben auf das Firmenrecht	275
(1)	Umschrift durch Transliteration in allen Mitgliedstaaten.....	275
(2)	Umschrift durch Transkription in allen Mitgliedstaaten.....	276
(a)	Auslandsgesellschaft unterhält nur in einem Mitgliedstaat Zweigniederlassungen.....	276
(b)	Auslandsgesellschaft unterhält in mehreren Mitgliedstaaten Zweigniederlassungen.....	278
c.	Zwischenergebnis	278
2.	Fremdsprachlichkeit der Firma	279
3.	Übernahme von diakritischen Zeichen, Ligaturen und weiteren Buchstaben	282
a.	Vorgaben des Berner CIEC-Übereinkommens Nr. 14 für den Namen natürlicher Personen.....	282
b.	Vorgaben der Handelsregisterverordnung	283
c.	Zu berücksichtigende Besonderheiten	284
aa.	Diakritische Zeichen	285

	bb. Ligaturen	285
	cc. Zusätzliche Buchstaben.....	285
	d. Zwischenergebnis	286
4.	Buchstabenkombinationen	286
	a. Sprachwissenschaftlicher Hintergrund	287
	b. Folgerungen für die Aussprechbarkeit von Phantasiefirmen	288
	c. Folgerung für Aussprechbarkeit ausländischer Firmen	291
5.	Übersetzung der Firma in das Deutsche	292
6.	Bildzeichen und Sonderzeichen	294
	a. Vorgaben des deutschen Firmenrechts	294
	b. Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	300
	aa. Niederlassungsfreiheit als Prüfungsmaßstab.	300
	bb. Rechtfertigung nach dem Vier-Konditionen Test	300
	(1) Zwingendes Allgemeininteresse.....	300
	(2) Geeignetheit und Erforderlichkeit	306
7.	Zwischenergebnis	307
II.	Unterscheidungskraft gemäß § 18 Abs. 1 Var. 2 HGB	308
	1. Vorgaben des deutschen Firmenrechts	308
	2. Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	309
	a. Vorrangig zu beachtendes Sekundärrecht.....	309
	b. Niederlassungsfreiheit als Prüfungsmaßstab.....	309
	aa. Beschränkung der Niederlassungsfreiheit.....	310
	bb. Rechtfertigung nach dem Vier-Konditionen-Test.....	310
	(1) Zwingendes Allgemeininteresse.....	310
	(2) Nicht offen diskriminierende und geeignete Maßnahme	312
	(3) Erforderlichkeit	312
	3. Zwischenergebnis	313
III.	Irreführungsverbot gemäß § 18 Abs. 2 HGB	313
	1. Vorgaben des deutschen Firmenrechts	313
	2. Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	316
	a. Vorrangig zu beachtendes Sekundärrecht.....	317
	b. Niederlassungsfreiheit als Prüfungsmaßstab.....	318
	3. Fallgruppen wesentlicher Irreführungseignung.....	321
	a. Bedeutungsrühmung	322
	aa. Verwendung ausländischer Gesellschaftsformen.....	322

bb.	Verwendung supranationaler Gesellschaftsformen.....	323
cc.	Geographische Bezeichnungen.....	324
(1)	Ortsnamen und Gebietsbezeichnungen..	324
(2)	Bezeichnungen wie „Deutsch“ oder „Deutschland“.....	325
(3)	Bezeichnungen wie „Europäisch“, „Europa“ und „Euro“	325
dd.	Verwendung fremdsprachlicher Begriffe.....	327
b.	Irreführende oder unzulässige Rechtsformzusätze.....	327
aa.	Gebot der Firmenklarheit.....	327
bb.	Inkurs: Absoluter Schutz der Bezeichnung „und Partner“ und „Partnerschaftsgesellschaft“ gemäß § 11 Abs. 1 PartGG.....	329
(1)	Vorgaben der deutschen Regelung	329
(2)	Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	331
c.	Gesetzlich geschützte Bezeichnungen	334
aa.	„REIT“ und „Real Estate Investment Trust“ gemäß §§ 6, 7 REITG	335
bb.	Branchenbezeichnungen gemäß § 39–41 KWG und § 3 InvG	338
IV.	Firmenunterscheidbarkeit gemäß § 30 HGB.....	339
1.	Regelungsinhalt des deutschen Firmenrechts	339
2.	Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	342
a.	Niederlassungsfreiheit als Prüfungsmaßstab.....	343
b.	Rechtfertigung nach dem Vier-Konditionen-Test.....	344
aa.	Keine offene Diskriminierung.....	344
bb.	Zwingendes Allgemeininteresse.....	345
cc.	Geeignetheit	346
dd.	Erforderlichkeit.....	347
3.	Zwischenergebnis	349
V.	Verstoß gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten.....	350
1.	Vorgaben des deutschen Firmenrechts	350
2.	Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	351
3.	Zwischenergebnis	354
VI.	Rechtsmissbrauch	354
1.	Vorgaben des deutschen Firmenrechts	354

2.	Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht.....	355
3.	Zwischenergebnis	358
<i>C. Besonderheit der Firmierung von Zweigniederlassungen.....</i>		358
I.	Registerrechtliches Eintragungsverfahren	358
1.	Anwendbares Recht	358
2.	Behandlung von Scheinauslandsgesellschaft, unechter und echter Zweigniederlassung.....	359
3.	Materieller Prüfungsmaßstab des Registergerichts	360
II.	Führen eines Zweigstellenzusatzes	363
III.	Rechtsformzusätze gemäß §§ 19 Abs. 1 HGB, 4 GmbHG, 4, 279 AktG, 3 GenG, 2 Abs. 1 PartGG.....	365
1.	Der Grundsatz der firmenrechtlichen Rechtsformpublizität im deutschen Firmenrecht.....	365
2.	Rechtsformpublizität von Zweigniederlassungen durch Firmierung	366
a.	Pflicht zur Führung eines Rechtsformzusatzes als Firmenbestandteil	367
aa.	Grundsätzliche Pflicht zur Führung eines Rechtsformzusatzes	367
bb.	Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht..	370
3.	Sprache, Stellung und Abkürzung des Rechtsformzusatzes in der Firma	371
a.	Stellung des Rechtsformzusatzes in der Firma	372
b.	Sprache des Rechtsformzusatzes in der Firma.....	372
c.	Abkürzung des Rechtsformzusatzes in der Firma	373
4.	Zusätzlicher Hinweis auf den Gründungsstaat durch Nationalitätshinweis in der Firma	377
a.	Grundsätzliche Pflicht zur Führung eines Hinweises auf den Gründungsstaat.....	378
b.	Nicht als Rechtsformzusatz erkennbare Rechtsformbezeichnung.....	379
c.	Verwechslungsgefahr zwischen ausländischen Rechtsformzusätzen	380
d.	Verwechslungsgefahr zwischen einem inländischen und einem ausländischen Rechtsformzusatz.....	381
IV.	Hinweis auf die Haftungsbeschränkung gemäß §§ 19 Abs. 2 HGB, 279 Abs. 2 AktG	385

<i>D. Besonderheiten der Firmierung inländischer Tochtergesellschaften</i>	386
I. Voraussetzungen für die Beteiligung einer Auslandsgesellschaft an einer deutschen Gesellschaft	386
II. Die Firma der Auslandsgesellschaft als Personenfirma der Tochtergesellschaft	388
1. Allgemeine Vorgaben des deutschen Firmenrechts	388
2. Besonderheiten in Bezug auf Auslandsgesellschaften	389
3. Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht	390
III. Kennzeichnung der Haftungsbeschränkung gemäß §§ 19 Abs. 2 HGB, 279 Abs. 2 AktG	391
1. Allgemeine Vorgaben des deutschen Firmenrechts	391
2. Besonderheiten in Bezug auf Auslandsgesellschaften	393
a. „Auslandsgesellschaft & Co.“	393
b. Zusätzlicher Herkunftshinweis bei verwechslungsfähigem Rechtsformzusatz	395
3. Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht	396
<i>E. Exkurs: Rechtsscheinhaftung durch Firmenführung</i>	397
I. Haftung für fehlenden Rechtsformzusatz	397
1. Haftungsgrundsätze im deutschen Recht	397
2. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	399
3. Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht	400
II. Haftung für Firmierung mit unzutreffenden Rechtsformzusatz	401
1. Haftungsgrundsätze im deutschen Recht	401
2. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	403
3. Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht	403
<i>F. Resümee</i>	404
 § 10 Schutz der Firma	 405
<i>A. Bestandsaufnahme der Grundsätze des Schutzes der Firma von Auslandsgesellschaften</i>	 407
I. Schutzlandprinzip als Kollisionsregel	407
II. Umfang der Schutzlandanknüpfung	411

1.	Bestand und Zulässigkeit des Unternehmenskennzeichens	412
2.	Beginn des Schutzes eines Unternehmenskennzeichens	413
3.	Bestimmung des Zeitranges eines Unternehmenskennzeichens	413
4.	Zwischenergebnis	414
<i>B. Notwendigkeit einer Neubewertung?</i>		414
I.	Gesetz zum Internationalen Privatrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse und für Sachen aus dem Jahr 1999	415
II.	Rom II-VO	416
1.	Anwendungsbereich.....	417
2.	Allgemeine Anknüpfungsregel für unerlaubte Handlungen gemäß Art. 4 Rom II-VO.....	418
3.	Verletzung von Rechten am geistigen Eigentum gemäß Art. 8 Rom II-VO	418
a.	Unternehmenskennzeichen als Rechte am geistigen Eigentum im Sinne von Art. 8 Rom II-VO	419
b.	Umfang der Regelungsreichweite des Art. 8 Rom II-VO	422
c.	Anwendung des berufenen Sachrechts	424
4.	Zwischenergebnis	424
III.	Völkerrechtliche Abkommen	425
1.	Die Stellung des WTO-Rechts im Gemeinschaftsrecht und im nationalem Recht.....	425
a.	Verbandskompetenz zum Abschluss des WTO-Übereinkommens	426
b.	Stellung des WTO-Rechts in der Normenhierarchie	427
c.	Vollzug des WTO-Rechts	428
2.	Schutz des Handelsnamens durch das TRIPS	430
a.	Entscheidung des WTO-Appellate Body in dem Verfahren „Havana Club“	431
b.	Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Anheuser-Busch.....	432
aa.	Zu Grunde liegender Sachverhalt und Vorlagefrage	433
bb.	Zulässigkeit des Vorabentscheidungsverfahrens	433

cc.	Benutzung im Sinne von Art. 16 Abs. 1 TRIPS	434
dd.	Handelsname als Recht des geistigen Eigentums gemäß Art. 1 Abs. 2 TRIPS	435
ee.	Mögliche Modifizierung durch primärrechtskonforme Auslegung	437
ff.	Zwischenergebnis	438
IV.	Einfluss der EuGH-Rechtsprechung auf das mitgliedstaatliche Kennzeichenrecht	439
1.	Regelungssystematik des Kennzeichenschutzes im MarkenG.....	439
2.	Kollision zwischen Marke und Firma.....	440
a.	Kollision einer prioritätsälteren Firma mit einer prioritätsjüngeren Marke	441
b.	Kollision einer prioritätsjüngeren Firma mit einer prioritätsälteren Marke	442
aa.	Markenverletzung gemäß § 14 Abs. 2 MarkenG.....	442
bb.	§ 23 MarkenG als Schutzschranke	443
(1)	Richtlinienkonforme Auslegung des Begriffes Name im Sinne des § 23 Nr. 1 Var. 1 MarkenG	444
(2)	Reichweite der richtlinienkonformen Auslegung des Tatbestandmerkmals Name gemäß § 23 MarkenG.....	447
(3)	Unlauterkeitsvorbehalt als Schutzbegrenzung.....	448
(a)	Irreführung über das Vorliegen einer betrieblichen Verbindung	449
(b)	Bekanntheit der verletzten Marke ..	449
(c)	Vorwerfbarkeit der Herbeiführung der Verwechslungsgefahr.....	450
(4)	Berücksichtigung grenzüber- schreitender Sachverhalte	451
3.	Kollision zwischen Firmen untereinander	454
a.	Verletzungstatbestand des § 15 MarkenG	454
b.	Gespaltene oder einheitliche Auslegung von § 23 Nr. 1 Var. 1 MarkenG	455
c.	Folgerungen.....	458
4.	Anwendung von §§ 14, 15 MarkenG ohne Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht	459
5.	Zwischenergebnis	462

<i>C. Resümee</i>	462
§ 11 Wettbewerbsrechtliche Beurteilung der Firmenführung ..	464
<i>A. Bestimmung des auf Wettbewerbsverstöße anwendbaren Rechts</i>	465
I. Völkervertragliches und europäisches Kollisionsrecht	465
1. Pariser Verbandsübereinkunft	466
2. TRIPS	466
3. Gemeinschaftsrecht	467
a. Primärrechtliches Herkunftslandprinzip	468
b. Sekundärrechtliches Herkunftslandprinzip	469
II. Nationales Kollisionsrecht	471
III. Internationales Wettbewerbsrecht in der Rom II-VO	475
<i>B. Anwendung des nationalen Wettbewerbsrechts</i>	477
I. Firmenführung als Wettbewerbshandlung bzw. geschäftliche Handlung gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 UWG	477
II. Beispiele unlauteren Wettbewerbs durch Firmenführung ..	478
1. Irreführende Werbung bzw. geschäftliche Handlungen gemäß § 5 UWG	479
a. Konkurrenzen	479
b. Fallgruppen	481
aa. Produktbezogene Irreführung	481
bb. Unternehmensbezogene Irreführung	482
c. Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht	483
aa. UWG 2004	484
bb. UWG 2008	487
2. Rechtsbruch gemäß § 4 Nr. 11 UWG	487
a. Tatbestandsvoraussetzungen	488
aa. Berufsrechtliche Tätigkeitsbestimmungen	488
bb. Gesetzliche Informationspflichten	490
b. Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht	490
3. Individuelle Behinderung gemäß § 4 Nr. 10 UWG	493
a. Tatbestandsvoraussetzungen	493
aa. Marken als Sperrzeichen	494
(1) Verhältnis von Markenrecht und Wettbewerbsrecht	494
(2) Behandlung von Marken als Sperrzeichen im Markenrecht	495